



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 5. September 1909

(Die Ergebnisse des Reichshaushalts für 1908. Ein Nachwort zum Rathsoffentage.)

Vor wenigen Tagen ist im Reichsanzeiger der Rechnungsabluß der Reichshauptkasse für das Jahr 1908 veröffentlicht worden. Diese Mitteilung der Ergebnisse der Reichsfinanzwirtschaft im verflossenen Rechnungsjahr spricht eine sehr deutliche Sprache. Die Angaben über die Bewirtschaftung der einzelnen Verwaltungsefforts beweisen, daß überall das Bestreben, Ersparnisse zu machen, sehr entschieden hervorgetreten ist. Aber die Einnahmen des Reichs sind so sehr hinter den Voranschlägen zurückgeblieben, daß der Abluß doch zuletzt ein Defizit von rund 122 Millionen Mark aufweist. Da nun noch die andern Rückstände aus frühern Jahren hinzukommen und alle diese Fehlbeträge durch eine Anleihe gedeckt werden sollen, so wird man sich jetzt unter nicht besonders günstigen Umständen auf eine Reichsanleihe gefaßt machen müssen, deren Höhe hinter der Summe von 300 Millionen nicht weit zurückbleiben wird.

Wenn es noch eines besondern Beweises für die Dringlichkeit der Reichsfinanzreform bedürfte, so wäre er hiermit gegeben. Vor allem ergibt sich daraus, wie schwer die Notwendigkeit, die Reform wenigstens nach der einen Seite hin — der Beschaffung neuer Einnahmequellen — zum Abluß zu bringen, auf den verbündeten Regierungen lastete. So schwer, daß sie allerdings im entscheidenden Augenblick nicht zögern konnten, die andre Forderung, die im Interesse der Neuordnung der Reichsfinanzen geboten war, fallen zu lassen, nämlich die organisatorische Seite der Sache, die dem Reiche gestattet hätte, seine Einnahmen und Ausgaben den eignen Bedürfnissen entsprechend zu regeln, ohne in die Finanzwirtschaft der Einzelstaaten störend oder gar zerrüttend eingreifen zu müssen. Die verbündeten Regierungen folgten also einem Gebot der Not, als sie unter allen Umständen wenigstens darauf bestanden, daß dem Reiche neue Einnahmen in einer bestimmten Höhe bewilligt wurden. Und dabei mußten sie sich durchaus an das Erreichbare halten. Erwägt man alle diese Umstände recht, so wird man bei der Kritik der zur Sanierung der Reichsfinanzen vor zwei Monaten beschlossenen Maßregeln vernünftigerweise jeden Tadel ausschalten müssen, der sich nur auf die Höhe der bewilligten neuen Steuern bezieht. Es läßt sich darüber streiten, ob Mehreinnahmen in der gleichen Höhe nicht auf zweckmäßigere Art zu beschaffen gewesen wären. Aber die gegenwärtige Finanzlage zeigt, daß man gezwungen war, die Lösung zu nehmen, die sich bot, und daß man vor allen Dingen nicht warten konnte, bis die Möglichkeit, etwas Besseres zu erhalten, gefunden war. Das Ergebnis wäre ja doch auch dann in dem Punkte dasselbe gewesen, daß die Höhe der neuen Steuern zu beweglichen Klagen geführt hätte. Die Opfer sind nun einmal nicht zu umgehen; sie mußten gebracht werden. Deshalb muß auch vor der klaren Erkenntnis dieser Tatsache jedes Parteibestreiben haltmachen, soweit es nicht den Staat selbst und seine Grundlagen verneinen will.

Die veröffentlichten Ergebnisse unsrer Finanzwirtschaft für 1908 sind aber auch in andrer Beziehung für die Beurteilung der Lage wichtig. Zunächst sei auf die Enttäuschungen hingewiesen, die die wirklichen Einnahmen aus verschiedenen Quellen gegenüber den Voranschlägen gebracht haben. Freilich sind aus andern Einnahmequellen Mehrerträge zu verzeichnen. Aber die Zölle sind um 121 Millionen gegen den Voranschlag zurückgeblieben. Das ist ungefähr der Gesamtbetrag

des Defizits. Während sich also die übrigen Schwankungen ungefähr ausgleichen, liegt hier ein gewaltiger Ausfall vor. Nun darf man sich freilich nicht zu vor-
 schnellen Folgerungen dadurch verleiten lassen. Der Ertrag der Zölle wird natürlich
 immer von der weltwirtschaftlichen Konjunktur abhängig sein und ist infolgedessen
 stärkern Schwankungen unterworfen, die sich schwer voraussehen lassen, und für
 deren zum Teil recht komplizierte Ursachen selten eine allgemein anerkannte und
 allseitig überzeugende Deutung möglich sein wird. Immerhin wird man an der
 Tatsache nicht vorbeigehn können, daß die Zölle in der verfassungsmäßigen Organi-
 sation unsers Reichsfinanzwesens im Laufe der geschichtlichen Entwicklung eine
 solche Bedeutung erlangt haben, daß ein unerwarteter Minderertrag auf diesem
 Gebiete besonders störend empfunden werden muß. Nun wird es ja vielleicht möglich
 sein, die Verbrauchssteuern, die ja doch immer das Rückgrat unsrer Reichseinnahmen
 bleiben müssen, so zu gestalten, daß wir an ihnen in ihrer Gesamtheit so bedeutende
 Fehlschläge nicht erleben. Ist es doch schon jetzt gelungen, den Gesamtertrag dieser
 Reichssteuern in der Höhe zu erhalten, wie es der Summe der in den Voranschlag
 eingestellten Beträge ungefähr entspricht. Und das, obwohl unter diesen Steuern
 manche sind, die nach ihrer bisherigen Gestaltung überhaupt schon nicht allzuviel
 erwarten ließen. Wir erinnern nur an die unzweckmäßig eingerichtete Fahrarten-
 steuer, die auch im Jahre 1908 fünf Millionen weniger gebracht hat, als erhofft
 wurde. Wie man aber später auch einzelnes in diesem Steuerapparat verbessern
 möge, jedenfalls wird man über kurz oder lang doch daran denken müssen, die
 dem Reich zustießenden indirekten Steuern durch eine selbständige Einnahmequelle
 zu verstärken, die eine zuverlässigere Ergänzung bildet als die Zölle, und deren
 Ertrag mehr von der Verteilung des Besitzes als von wechselnden Konjunkturen
 und Bedürfnissen abhängt. Es ist falsch, unliebsame Ausfälle in den Steuer-
 erträgen in allen Fällen allein auf das steuerpolitische Ungeheiß der Gesetzgeber
 zurückzuführen; Differenzen zwischen den wirklichen Einnahmen und den Vor-
 anschlägen werden auch dem gewiegtesten Finanzmann im Reichshaushalt passieren.
 Aber gerade deshalb dürfen wir nicht die Augen verschließen gegen die Wahr-
 scheinlichkeit, daß der Stand unsrer Reichsfinanzen uns in nicht zu fernrer Zeit zwingen
 wird, zu dem Grundgedanken der Hilow-Sydowschen Finanzreform zurückzukehren,
 indem wir der stärkern Anspannung der indirekten Steuerleistung ein Gegengewicht
 geben in der Einführung einer Besitzsteuer in geeigneter Form auch für das Reich.
 Denn solange Bevölkerung und Wohlstand im Deutschen Reiche steigt, wird uns
 keine noch so große Sparsamkeit vor einem weitem Steigen des Ausgabebedarfs
 im Reichshaushalt schützen können. Je mehr dann aber das System der indirekten
 Steuern ausgebaut wird, desto schwerer muß die Schätzung des Ertrages werden,
 mit desto größern Schwankungen ist zu rechnen. Nicht der wachsende Steuerdruck
 — das ist dummes Zeug! —, wohl aber diese Schwankungen und ihre Rück-
 wirkungen auf die Finanzen der Einzelstaaten werden mehr und mehr dazu
 zwingen, den eignen Einnahmen des Reichs einen bessern Rückhalt zu geben in
 einer ergiebigen Steuerquelle, deren Ertrag sich besser dem wirklichen Stande des
 Volksvermögens anpaßt als die Abgaben, die den Konsum oder einzelne Vermögens-
 anlagen belasten.

Von dieser Einsicht, deren Sieg wir im Interesse einer gerechten und zweck-
 mäßigen Entwicklung unsrer Steuerpolitik wünschen möchten, und die in ihrer
 praktischen Anwendung ebenso mit konservativen Grundsätzen vereinbar ist, wie sie
 den liberalen Wünschen entgegenkommt, kann es nur ablenken, wenn durch eine
 Agitation, die nur Partezwecken dienen kann, dem Verständnis für die Notwendig-
 keit und den wahren Umfang der zu übernehmenden Lasten entgegen gearbeitet wird.
 Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die allgemeine, künstlich gemachte Verwirrung
 der Begriffe über die wahren Wirkungen der neuen Steuern und Steuererhöhungen

ein Haupthindernis werden muß für das Sammeln von Erfahrungen, die auf diesem Gebiete im Interesse der Gerechtigkeit von großem Werte sind. Es wäre nicht uninteressant, die Fehlerkette zu verfolgen, die aus den Übertreibungen der Klagen über die Steuerlast entsteht. Die berechnigte und sogar vom Gesetzgeber beabsichtigte Abwälzung der Steuern auf den Konsumenten wird vom Produzenten benutzt, um einen größeren Vorteil herauszuschlagen, als durch die Steuererhöhung bedingt ist. Dem Konsumenten wird aus Parteilucht weisgemacht, das sei die notwendige Folge der neuen Steuern. Aus den falschen Vorstellungen über das wirkliche Maß der Lasten und aus den falschen Maßregeln zu ihrer Vermeidung — zum Beispiel Anhäufung von Vorräten in überflüssigem Umfang, Einschränkung des Konsums über das notwendige Maß hinaus — entstehen unerwartete Verschiebungen in Angebot und Nachfrage, die nun erst alle die Übel nach sich ziehen, die bei ruhiger Übernahme der notwendigen unbedeutenden Mehrbelastung und bei verständiger Abwehr unberechtigter Zwischengewinne wohl zu vermeiden gewesen wären. Und infolgedessen treffen auch wieder die Berechnungen der Reichsfinanzverwaltung nicht ein, und es müssen neue Steuerexperimente gemacht werden. Das würde alles vermieden werden, wenn das Finanzwesen des Reichs endlich einmal auf so feste Grundlagen gestellt werden könnte, daß der Reichschahssekretär einmal die Wünschekrute, mit der er fortwährend nach einzelnen kleinen Einnahmequellen suchen muß, in die Ecke stellen könnte. Denn alle die soeben geschilderten Übelstände regulieren sich von selber, wenn die Einrichtungen, die sie hervorgerufen haben, Zeit haben, sich einzuleben. Darum geht das allgemeine Interesse dahin, dieses Einleben zu beschleunigen, und das geschieht am besten durch verständige, ruhige und kühle Prüfung der zu übernehmenden Lasten, Abwehr unberechtigter Ausnutzung der Situation, vor allem aber Vermeidung von Übertreibungen, die nicht wirtschaftspolitische, sondern wahlpolitische Zwecke verfolgen.

Wir haben schon vor acht Tagen des Breslauer Katholikentages gedacht, der inzwischen den erwarteten Verlauf genommen hat. Wir wiederholen, daß wir durchaus nicht blind sind gegen die Bedeutung, die diese Veranstaltung für das religiös-kirchliche Leben der deutschen Katholiken hat. Es ist selbstverständlich dafür gesorgt, daß diese Bedeutung gerade genug zum Ausdruck kommt, um nicht nur die Teilnahme der kirchlichen Organe selbst, sondern auch die Beteiligung hervorragender Persönlichkeiten katholischen Bekenntnisses aus verschiedenen Parteilagern zu ermöglichen. Um nur ein Beispiel zu nennen, so hat dem Breslauer Katholikentag auch der Fürst Hapsfeld, Herzog von Trachenberg, der einstige Oberpräsident von Schlesien, beigewohnt, obwohl er im Reichstage der Fraktion der Reichspartei angehört und von Zentrumsneigungen weit entfernt ist. Aber bei aller Würdigung dieser religiösen Bedeutung des Katholikentages kann sich ein unbefangener Beobachter doch nicht der Feststellung entziehen, daß auch die Breslauer Generalversammlung wieder die Erfahrung bestätigt hat, daß die Politik davon nicht ferngehalten werden kann. Und diese Politik erscheint — daran ist kein Zweifel — im Gewande des Zentrums; so ist es ja auch immer gewesen. Die Versicherung, daß der Katholikentag keine Politik treibe, gänzlich unpolitisch sei — diese Versicherung haben wir diesmal sogar öfter und nachdrücklicher als sonst gehört; eine etwas weniger beflissene Betonung des unpolitischen Charakters hätte vielleicht den außenstehenden Beobachter nicht so sehr gereizt, nach dem Grunde der Versicherung zu fragen. Wir wollen aber gern glauben, daß es für einen großen Teil der Versammlung wirklich ein Bedürfnis war, das zu hören, und daß sie es ehrlich so meinten und wollten. Es ist aber immer sehr schwer, in einer gleichgestimmten, von derselben religiösen und sittlichen Weltanschauung befehlten Versammlung, die sich über alle möglichen, sie gemeinsam bewegenden Fragen unterhält, zu bestimmen, wo die Politik anfängt und wo sie aufhört. Man hat

tatsächlich politische Fragen berührt und sogar ausgiebig behandelt, und die darüber sprachen, waren Zentrumsleute. Es ist auch viel bemerkt worden, daß die polnischen Katholiken aufgefordert worden waren, als eine besondere Körperschaft in der Generalversammlung zu erscheinen und in ihrer Muttersprache zu reden. Den Gebrauch der polnischen Sprache hat die Behörde in durchaus einwandfreier Auslegung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes verhindert. Wir wollen nicht zu sehr mit dem Kardinal Ropp rechten, daß er es für nötig hielt, sein Bedauern darüber auszusprechen; denn wir verkennen durchaus nicht die eigentümlichen Schwierigkeiten der Stellung dieses durchaus loyalen Kirchenfürsten. Aber wir meinen, wenn auf einer Generalversammlung deutscher Katholiken für die in jener Gegend und den angrenzenden Landesteilen wohnenden Polen preußischer Staatsangehörigkeit überhaupt das Bedürfnis der Teilnahme bestand, so konnten sie sich sehr wohl der deutschen Sprache bedienen, die sie tatsächlich alle beherrschen. Die verhältnismäßig wenigen Ausnahmen wären ja ohnehin nicht nach Breslau gekommen. Die Zumutung, Reden in einer Sprache anhören zu müssen, von denen der bei weitem größte Teil der Versammlung auch nicht ein Atom verstand, wäre an die Teilnehmer des Katholikentages auch nie gestellt worden, wenn es sich eben nicht darum gehandelt hätte, einem politischen Bedürfnis des Zentrums zu entsprechen. Durch die demonstrative Anerkennung der Gleichberechtigung der Sprachen bei einer Gelegenheit, wo es an sich ganz überflüssig und sogar störend war, sollte die Auffassung des Zentrums gegenüber der preußischen Polenpolitik indirekt bekundet werden. Und den politischen Motiven konnte hier ganz unauffällig ein religiöses Mäntelchen umgehängt werden. So ist denn auch dieser Katholikentag wieder nebenbei ein Parteitag des Zentrums geworden.

Aus dem Wirtschaftsleben

6. September 1909

(Noch einmal die Stempelsteuergesetze — Zweimonatsbilanzen — Postscheckverkehr und internationaler Postgiroverkehr — Vom internationalen Geldmarkt.)

Der Fachmann muß sich wundern über den Mut der Handelspresse, mit dem diese in letzter Zeit wiederholt nach dem Gesetzgeber gerufen hat, so z. B. zur Regelung des Revisionswesens. Nach den wenig erfreulichen Erfahrungen, die mit der Bank-, Börsen- und Steuergesetzgebung gemacht worden sind, müssen wir selbst bei so wichtigen Fragen, wie es die gesetzliche Regelung des Depositenwesens und auch die des Revisionswesens sind, heute zur größten Vorsicht mahnen. Vergeht doch kaum ein Tag, an dem nicht neue Lücken der Stempelsteuergesetzgebung ausgegraben werden. Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen der Mängel, die vielleicht gar nicht so weittragend sind, ist es im höchsten Grade zu bedauern, daß weiten Kreisen Gelegenheit gegeben worden ist, nun schon wochenlang darüber nachzuspinnen, ob nicht die mangelhafte Redaktion der Gesetze neue Wege offen läßt, die eine Umgehung der Gesetze, eine Steuerhinterziehung, ermöglichen.

Es ist eine alte Tatsache, so pflegt ein bekannter Rechtsgelehrter seinen Hörern wieder und wieder zu klagen, daß wir Deutschen keine glückliche Hand in der Formulierung von Rechtsnormen haben, aber bei der neuen Steuergesetzgebung haben wir diese Schwäche doch gar zu sehr offen gelegt. So ist der Stempel auf eine gewisse Art von Wertpapieren, der erhöht werden sollte, versehentlich ermäßigt worden! Eine auffällige Folge ist es auch, daß sich die Vereinigung Berliner Banken und Bankiers veranlaßt gesehen hat, um die Lücken der Gesetze zuzustopfen, fehlende Rechtsätze zu „beschließen“, ohne auch nur die Ausführungsbestimmungen abzuwarten. Die Plaganweisungen sind einerseits durch das Wechselstempelsteuergesetz vom Wechselstempel befreit, andererseits durch das Reichsstempelgesetz dem Scheckstempel nicht unterworfen, da sie keineswegs ohne weiteres als Bankquittungen gelten

können. Es ist somit ein Mittel zur Umgehung des Scheckstempels gegeben, wenn ihm auch gegenüber dem Scheck verschiedene Mängel anhaften. Diese für die Banken ungemütliche Situation glaubte die Vereinigung Berliner Banken und Bankiers durch den einstimmigen Beschluß beseitigen zu müssen, „daß in Zukunft grundsätzlich nur solche Anweisungen honoriert werden sollen, die mit einer ordnungsmäßigen Quittung präsentiert werden“, da die Quittung, die sich die Berliner Banken von dem Überbringer einer Anweisung auf dieser ausstellen lassen, aller Voraussicht nach dem Stempel für Bankquittungen unterliegen würde.

Diese neue Art der Rechtsbildung ist ebenso interessant wie die Tatsache, daß man heute gewisse Stempelsteuern als für das materielle Wohl unsers Volkes notwendig bezeichnet, die noch vor Jahresfrist von denselben Stellen aus als dem materiellen Wohle der Gesamtheit schädlich bezeichnet wurden.

Zum drittenmal veröffentlichten die Berliner Großbanken und einige Provinzbanken die sogenannten Zweimonatsbilanzen, deren wichtigste wir in der folgenden Übersicht (S. 535) ziffernmäßig wiedergeben.

Die Bilanzen zeigen die auffällige Erscheinung, daß sich trotz der wirtschaftlichen Depression die Liquidität der Banken noch nicht gebessert hat, ein Zeichen dafür, daß die Banken zur Zeit der Hochkonjunktur ihre Mittel über ein gesundes Maß hinaus festgelegt haben. Wie aber sollen die Banken den Anforderungen der nächsten Hochkonjunktur gewachsen sein, wenn schon jetzt ihre Liquidität zu wünschen übrig läßt? Die Situation beweist von neuem, daß die Banken eben doch entgegen der Ansicht eines hervorragenden Bankleiters, im Bankarchiv vom 1. Januar 1909 für die Verwendung des Kredits, den sie gewähren, verantwortlich sind und nicht nur für die Sicherung ihrer Kredite.

Andererseits lassen die Bilanzen erkennen, daß das vereinbarte gemeinsame Schema doch noch starke Abweichungen unter den Ausweisposten der verschiedenen Banken zuläßt. Deshalb ist eine erhebliche Erweiterung des Schemas unerlässlich, und wir geben im folgenden das von dem Sachverständigen bei der Bankenquete Georg Bernhard entworfene Normalschema für die Zwischenbilanzen wieder, nachdem wir seinen Entwurf einer Jahresbilanz bereits im zweiten Quartal der Grenzboten auf Seite 650 abgedruckt haben.

Aktiva:

Bestand an Gold und Banknoten.

Guthaben bei deutschen Notenbanken.

Sorten, Coupons, gelöste Papiere und kurzfristige Schaganweisungen.

Inländische Wechsel:

1. vierwöchige,
2. längere.

Ausländische Wechsel.

Reports und Vorschüsse.

Guthaben auf Konto nostro:

1. in Deutschland,
2. im Ausland.

Guthaben in laufender Rechnung:

1. im Inland,
2. im Ausland.

Davon durch börsengängige Wertpapiere gedeckt.

Bürgschaftsdebitoren.

Kommanditen und dauernde Beteteiligungen.

Eigne Wertpapiere:

1. Mündelsichere inländische Wertpapiere,
2. sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere,
3. sonstige inländische Wertpapiere,
4. ausländische, bei der Reichsbank oder einer großen westeuropäischen Notenbank beleihbare Wertpapiere,
5. sonstige ausländische Wertpapiere.

Konfortialeinzahlungen auf:

1. inländische Wertpapiere,
2. ausländische Wertpapiere,
3. sonstige Geschäfte.

Immobilien.

Passiva:

Aktienkapital.

Reserven.

Schulden:

1. an Banken und Bankiers,
davon an ausländische;
2. sonstige Schulden,
davon ohne Kündigungsfrist,
an ausländische Gläubiger,
" " inländische Gläubiger.

Akzepte.

Arealakzepte und Warenakzepte.

An noch nicht verfallenen mit unserm Giro versehenen Wechseln befanden sich im Umlauf.

In dieser Übersicht, die ein vorzügliches Bild von dem Status der Banken geben würde, ist besonders die Trennung der Guthaben und Schulden in inländische und ausländische sehr zu befürworten, da auf diese Weise in Verbindung mit der gesonderten Angabe der Auslandswechsel ein weiteres, einigermaßen zuverlässiges Mittel geschaffen wird, um den Stand der Zahlungsbilanz zu schätzen.

Würden sich die Banken außerdem entschließen können, diese erweiterten Übersichten statt aller zwei Monate jeden Monat zu veröffentlichen, so wäre damit die Bilanzklarheit und -wahrheit um ein bedeutendes gefördert. Freiwillig dürften sich die Banken allerdings weder zu dem einen noch zu dem andern entschließen.

Die Entwicklung des deutschen Postscheckverkehrs hat sich so glänzend gestaltet, wie man es erwarten durfte. Im Zeitraum von nur sieben Monaten hat die Zahl der Kontoinhaber bereits die stattliche Höhe von 30407 erreicht, während in Österreich nach sechsundzwanzigjähriger Entwicklung erst 90500 Konten vorhanden sind. Der Gesamtumsatz betrug in Deutschland bis zum 30. Juli etwa 4,4 Milliarden Mark gegen etwa 12 Milliarden in Österreich; die Gesamtguthaben der Kontoinhaber beliefen sich am 1. August auf 50592167 Mark. Trotz dieser hohen Ziffern besagen zahlreiche Klagen aus dem Kreise der Kontoinhaber, daß die von Anfang an nichts weniger als großzügige Handhabung des Scheckverkehrs einer viel schnelleren Entwicklung hinderlich ist. Die Strafgebühr von sieben Pfennigen in allen Fällen, wo die Zahl der Buchungen auf einem Konto 600 übersteigt, sowie die mangelhafte Verbindung zwischen dem Postscheckkonto und dem Reichsbankgirokonto sind einer weiteren Entwicklung des Verkehrs in hohem Maße hinderlich. Der Einwand der Postverwaltung, daß später in beiden Fällen Erleichterungen eintreten sollen, daß man aber zunächst die Entwicklung abwarten und

	Deutsche Bank		Dresdner Bank		Diskonto-Ges.		Darmsstädter		Schaffhauser		Com. u. Disf.		National-Bank		Mittelb. Gr.		Allg. Deutsche Credit-Anstalt	
	30. April	30. Juni	30. April	30. Juni	30. April	30. Juni	30. April	30. Juni	30. April	30. Juni	30. April	30. Juni	30. April	30. Juni	30. April	30. Juni	30. April	30. Juni
Aktiva																		
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons	114,82	85,77	23,95	42,20	30,44	34,91	50,25	32,97	11,83	14,16	13,01	11,13	5,85	9,22	6,24	8,11	7,60	11,74
Wechsela. deutsche Schatzanweisungen	646,83	572,84	259,96	221,50	194,78	169,50	159,04	130,05	67,45	68,54	80,77	76,78	49,83	51,38	29,38	26,59	81,14	70,54
Guthaben bei Banken u. Bankiers	71,31	78,15	31,76	32,76	67,23	46,27	29,61	24,04	12,42	11,29	20,20	19,00	14,06	8,11	2,98	2,86	8,74	8,92
Reportis und Lombards	234,97	231,10	117,88	139,22	74,58	81,90	91,53	104,12	29,53	34,45	44,95	49,88	63,60	73,30	21,99	19,80	7,06	7,03
Vorschüsse auf Waren u. Warenverpflichtungen	43,68	34,25	40,65	35,98	79,24	63,38	11,68	10,28	—	—	13,98	17,63	—	—	1,43	1,38	18,53	18,11
Eigne Wertpapiere	36,02	51,31	57,22	54,45	33,42	23,78	47,04	51,55	42,71	43,01	31,21	31,82	24,55	26,51	5,13	5,89	21,34	27,34
Konjunktalbeteiligungen. Dauernde Beteiligung b. andern Bankinstituten und Bankfirmen	24,19	23,05	41,72	36,30	63,16	48,47	46,05	44,93	28,33	24,09	13,66	13,90	32,73	31,83	7,85	8,17	8,30	9,04
Rebitoren in laufender Rechnung	65,40	63,96	31,49	31,23	100,48	101,46	33,61	31,57	24,27	24,22	10,09	10,09	—	—	2,43	2,46	16,76	16,75
	651,19	616,32	449,42	457,32	270,85	320,79	257,98	277,00	313,44	291,67	152,76	153,84	139,94	146,06	100,07	99,95	187,58	195,64
Passiva																		
Stammkapital	200,00	200,00	180,00	180,00	170,00	170,00	154,00	154,00	145,00	145,00	85,00	85,00	80,00	80,00	54,00	54,00	90,00	90,00
Reserven	103,70	103,70	51,50	51,50	57,59	57,59	30,25	30,25	34,15	34,15	12,80	12,80	13,22	13,22	7,68	7,68	37,85	37,85
Schuldoren in laufender Rechnung	872,83	817,06	408,52	409,93	278,53	236,51	356,95	344,47	207,19	190,60	141,47	141,27	151,34	168,07	56,44	57,24	93,69	112,27
Depositengeber	479,78	471,49	212,63	222,47	230,82	233,26	95,05	86,97	74,64	73,33	74,05	80,39	84,10	33,70	17,42	16,83	93,72	79,72
Akzente und Schecks	249,04	224,19	223,49	209,74	179,76	179,89	98,14	99,02	82,21	82,44	70,00	70,40	52,77	52,39	45,36	42,38	58,15	53,81
Wohlfühl-Verrichtungen	84,14	92,07	35,80	34,73	37,26	38,30	16,14	17,96	50,44	51,68	16,83	16,76	11,23	11,24	4,69	5,21	3,46	3,26
Sonstige Passiven	15,15	21,25	4,55	5,73	4,06	3,51	0,34	0,59	3,16	3,38	8,92	6,50	3,77	4,19	2,51	3,19	6,07	12,57

beobachten müsse, kann nicht gelten, da wir Gelegenheit hatten, die Entwicklung des gleichen Geschäftszweiges im Nachbarlande seit vielen Jahren zu beobachten; es wäre deshalb dringend wünschenswert, daß die Postverwaltung die erwähnten Mißstände möglichst umgehend beseitigt.

Ferner wäre dringend zu wünschen, daß die deutschen Postverwaltungen nunmehr, nachdem der deutsche Postscheckverkehr eine so günstige Entwicklung genommen hat, der Einrichtung des internationalen Postgiroverkehrs mit Österreich und der Schweiz nähertreten. Wir hoffen, daß man hierbei weniger zaghaft vorgehen wird als bei der Einrichtung des deutschen Postscheckverkehrs. Auch hier steht die Erfahrung der österreichischen Postsparkasse zur Verfügung, sodaß einer großzügig-kaufmännischen Einrichtung gleich von Beginn an nichts im Wege liegt.

Vom internationalen Geldmarkt ist eine wichtige Neuierung zu berichten. Die Bank von Frankreich will dazu übergehen, ständig ein Devisenportefeuille zu halten, während sie bisher nur in Krisenzeiten Wechsel auf England in größeren Beträgen erworben hat. Man hat die Neuierung in Verbindung gebracht mit den Klagen des Gouverneurs der Bank über die Schattenseiten des großen Gelbvorrats von zurzeit etwa 3700 Millionen Franken, den er als eine kostspielige Last bezeichnete. Von offiziellen französischen Kreisen ist dagegen erklärt worden, daß nur nationalwirtschaftliche Gründe maßgebend seien. Die Bank wolle lediglich ihrer Kundschaft entgegenkommen, indem sie ihr durch den Ankauf von Devisen die Verfügung über die Auslandsguthaben erleichtere. In dieser Formulierung klingen die Gründe wenig wahrscheinlich. Wenn die Bank dauernd am internationalen Geldmarkt als Geldgeber auftreten will, so liegt die Vermutung nahe, daß auch sie, ähnlich wie andre europäische Zentralnotenbanken, den neuen Geschäftszweig aufnimmt, um ihrer Diskont- und Goldpolitik eine weitere wirksame Stütze zu schaffen. Für die Reichsbank ist die Maßnahme der französischen Kollegin insofern von Bedeutung, als ein neuer Konkurrent beim Wettbewerb um den recht knappen Vorrat an guten internationalen Warenwechslern auftritt. Ferner wird ihre seit Anfang dieses Jahres großzügig ausgebaute Devisenpolitik insofern erschwert, als die Wirksamkeit der Devisenverkäufe bei hohen Kursen auf Frankreich durch entsprechende Gegenmaßregeln der Bank von Frankreich abgeschwächt werden kann, falls diese Bank, wie man annimmt, einen großen Vorrat von Markwechslern halten wird. Der neue Geschäftszweig der Bank von Frankreich muß für die Reichsbank der Ansporn sein, ihr Devisengeschäft immer weiter so großzügig wie möglich auszugestalten.

Die Hamburger Nachrichten und nach ihnen die Kreuzzeitung halten uns eine Vorlesung über politischen Takt. Das Hamburger Blatt, das bekanntlich die Hege gegen England gewerbsmäßig betreibt, spricht von einem „Grenzboten“-Artikel, der „die Gefühle der Feindschaft und der Gehässigkeit gegen Deutschland . . . mit erneuter Stärke aufleben“ lassen würde.

Das Blatt macht aus einer Mücke einen Elefanten. Zunächst gibt es gar keinen „Grenzboten“-Artikel, in dem die angedeuteten Dinge stehn. Dagegen hat der bekannte Marineschriftsteller Georg Wislicenus unter dem Eindruck des erhebenden Anblicks, den Zeppehins Riesenvogel auf uns alle am 29. August ausgeübt hat, seine persönliche Stimmung in 37 Zeilen gefaßt. — Wie Wislicenus über England denkt, wissen die Engländer längst; infolgedessen bedarf es auch nicht der Grenzboten, um sie davon in Kenntnis zu setzen. Die Taktlosigkeit beginnt erst damit, daß eine im Kleindruck erschienene kurze Notiz als „Grenzboten-Artikel“ breitgetreten wird unter Fortlassung des Autornamens. G. Cleinow

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Cleinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten. Verlag von F. r. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig